

Niederschrift

über die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Datum: 23.03.2021
Ort: Kraftwerk e.V., Kaßbergstraße 36, 09112 Chemnitz
Zeit: 16:37 Uhr - 19:11 Uhr
Stellvertr.
Vorsitz: Herr Stadtrat Maik Otto

Beschlussfähigkeit

Soll: 15 Stadträtinnen/Stadträte
Ist: 12 Stadträtinnen/Stadträte

Anwesenheit

Entschuldigt

Herr Pfarrer Holger Bartsch	Vertreter evangelischer Kirchenbezirk Chemnitz
Frau Pia Hamann	Gleichstellungsbeauftragte
Frau Sylvia Hirschberg	Agentur für Arbeit
Frau Franziska Jahn	
Frau Gabriele Käschel	Vertreterin Regionalstelle Chemnitz des Landesamtes für Schule und Bildung
Frau Nadine Köhler	Vertreterin Sportjugend im Stadtsportbund Chemnitz e. V.
Herr Thoralf Nieke	Vertreter der Träger der Grundsicherung für Arbeitssuchende
Herr Gregor Richter	
Herr Paul Günter Steuer	Fraktionsloses Stadtratsmitglied

stimmberechtigte Ausschussmitglieder

Herr Holger Deckwer	solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen	
Frau Christin Furtenbacher	Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN	anwesend ab 16:42 Uhr
Herr Kai Hähner	CDU-Ratsfraktion	
Frau Solveig Kempe	CDU-Ratsfraktion	
Frau Yvonne Kilian	Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)	
Herr Nico Köhler	AfD-Stadtratsfraktion	
Herr Karl Kohlmann	Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen	
Herr Martin Müller	Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz	
Herr Maik Otto	SPD-Fraktion	
Frau Simone Scheffler	Caritasverband für Chemnitz und Umgebung e. V.	

Frau MA. Katarina Seidel solaris Förderzentrum für Jugend
und Umwelt gGmbH Sachsen
Herr Peter-Joachim Wild Stadtmission Chemnitz e. V.
Frau Dr. Sandra Zabel Fraktionsgemeinschaft
DIE LINKE/Die PARTEI

beratende Ausschussmitglieder

Herr Ralph Burghart Bürgermeister für Soziales, Jugend
und Familie, Gesundheit, Kultur, Sport
Frau Gunda Georgi Leiterin des Amtes für Jugend und
Familie
Herr Karlheinz Gräwe Vertreter Amtsgericht
Herr Albert Krottenthaler Don Bosco Jugendhaus – Vertreter
katholische Gemeinde
Frau Claudia Müller-Irrgang Vertreterin Polizeidirektion
Chemnitz - Erzgebirge anwesend bis
20:44 Uhr
Frau Ute Spindler Kinder- und Jugendbeauftragte anwesend von
16:42 Uhr bis
19:16 Uhr

stellv. beratende Ausschussmitglieder

Frau Karen Pethke Vertretung für
Herrn Gregor Richter, anwesend bis
19:15 Uhr
Frau Romy Stockmann Teamleiterin Reha Vertretung für Frau
Sylvia Hirschberg

sachkundige Einwohner

Herr Oliver Sachsze anwesend bis
18:06 Uhr
Herr Dustin Straßberger anwesend bis
18:05 Uhr

Gäste

Herr Ronny Brückom Geschäftsführer, SFZ
Förderzentrum gGmbH
Herr Tino Landmann Bereichsleiter Jugend- und
Erziehungshilfe,
SFZ Förderzentrum gGmbH

Bedienstete der Stadtverwaltung

Frau Sylvia Hemmann Sachgebietsleiterin Abt. 51.1
Frau Ines Pönisch Sozialarbeiterin Abt. 51.5
Frau Kathrin Schäfer Abteilungsleiterin Abt. 51.3
Herr Michael Seidel Referent Dezernat 5
Frau Heike Steege Abteilungsleiterin Abt. 51.4
Frau Anette Stolp Abteilungsleiterin Abt. 51.2
Herr Tobias Stopat Abteilungsleiter Abt. 51.1
Frau Yvonne Vogel Sozialbearbeiterin Abt. 51.5

Schriftführerin

Frau Kristin Nicolaus Geschäftsstelle des Stadtrates

- 1 Eröffnung, Begrüßung sowie Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung und der Beschlussfähigkeit
-

Der **stellvertretende Ausschussvorsitzende Herr Otto** eröffnet die Sitzung und begrüßt alle Anwesenden. Er stellt die ordnungs- und fristgemäße Ladung zur Sitzung und die Beschlussfähigkeit fest.

Er weist darauf hin, dass während der gesamten Sitzungszeit die Pflicht zum Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung besteht.

Zu diesem Tagesordnungspunkt nimmt Herr Otto die Verpflichtung von Frau Ulrike Wenzel, stellvertretendes beratendes Mitglied, vor.

- 2 Feststellung der Tagesordnung
-

Es liegen keine Anträge zur Änderung der Tagesordnung vor. Die Tagesordnung ist somit festgestellt.

- 3 Entscheidung über Einwendungen gegen die Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich - vom 23.02.2021
-

Gegen die Niederschrift sind keine Einwendungen eingegangen. Sie gilt somit als genehmigt.

- 4 Berichterstattung zum Landesmodellprojekt "Herausforderungen und Chancen bei der Versorgung, Betreuung und Unterbringung von Kindern und Jugendlichen mit komplexem Hilfebedarf"
Berichterstatteerin: Yvonne Vogel, Jugendamt
-

Frau Vogel (Sozialarbeiterin Abt. 51.5) führt anhand einer Power-Point-Präsentation in den Tagesordnungspunkt ein. Sie stellt das Modellprojekt „komplexe Hilfen vor“. Die Projektidee entwickelte sich 2016 am Runden Tisch der Jugendhilfe. Zu Beginn des dreijährigen Projektes, wurde eine Befragung der Netzwerkpartner durch die wissenschaftliche Begleitung der TU Chemnitz initiiert. Der Projektbeirat, welcher das Steuerungsgremium des Modellprojektes war, tagte einmal pro Quartal. In diesem Gremium wurden Impulse für das gemeinsame Handeln gesetzt. Im weiteren Verlauf berichtet Frau Vogel welche Zielgruppen das Modellprojekt hatte, das regelmäßige Netzwerkpartnergespräche stattfanden und auch Fortbildungsmöglichkeiten für das Fachpersonal entwickelt und durchgeführt wurden. Es wurde sich zudem gemeinsam mit anderen Kommunen zu verschiedenen Themen beraten, wie zum Beispiel ein dortiges Inobhutnahme-System oder auch der Umgang mit einer Sleep-In-Stelle. Es wurden sich auch die einundzwanzig kostenintensivsten Fälle betrachtet und ausgewertet. Das Modellprojekt werde weiter fortgesetzt. Ein Abschlussbericht zum Modellprojekt werde noch veröffentlicht.

Herr Straßberger (sachkundiger Einwohner) fragt wie sich das alternative Schulmodell Chemnitz zu Förderschulen unterscheidet. **Frau Vogel** antwortet, dass es Unterschiede im Fachkräfteaufgebot, der therapeutischen Expertise und der Elternarbeit gebe.

Frau Seidel (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) fragt, ob es eine Möglichkeit für Schüler gebe die Schulabstufung zu wechseln, über das

digitale Lernen die Schulpflicht zu erfüllen. **Frau Vogel** antwortet, dass der § 26 Absatz 3 des Sächsischen Schulgesetzes eine Brücke ermögliche dies. Jedoch müsse unter anderem das Thema Notenerwerb geklärt werden, damit Prüfungen abgelehnt werden könnten.

Herr Krottenthaler (Don Bosco Jugendhaus - Vertreter katholische Gemeinde) bittet um nähere Informationen zur intensivpädagogischen Arbeit mit den Eltern.

Frau Vogel antwortet, dass auch im häuslichen Kontext mit den Eltern gearbeitet werden sollte. Erziehungsberatungsstelle gebe es zwar in Chemnitz, diese würden jedoch von Eltern weniger von alleine aufgesucht. Daher sei es notwendig, die Eltern direkt aufzusuchen.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) fragt, ob bereits von Landesseite angezeigt sei, das Lehren oder Ableitungen vom Abschlussbericht erfolgen würden. **Frau Vogel** bejaht dies und sagt, dass Synergieeffekte geplant seien.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, ob ein Stabilisierungsgrad eingetreten sei, wenn die Jugendlichen aus der Betreuung entlassen werden. **Frau Vogel** sagt, dass mit der Entlassung aus den intensivpädagogischen Angeboten in niederschwellige Angebote, bis hin zur Verselbstständigung und einer eigenständigen Lebensführung möglich sei.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) fragt, welche Bedarfe es gebe an regionalen Angebote. Zudem fragt er, was notwendig sei, sodass eine Fremdunterbringung in dem Ausmaß nicht mehr erforderlich sei. **Frau Vogel** sagt, um die Fremdunterbringung zu verringern, bedürfe es einer vernetzenden Fallarbeit, einer guten Kommunikation in die Familien und der anschließenden Arbeit im Hinblick Familienerhalt und Rückführungskonzepten mit den Familien. Dies sei auch ein Schwerpunkt des Jugendamtes.

Frau Killian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA)) fragt, ob es seitens des Landesamtes für Schule und Bildung Bestrebungen gebe, in der Zusammenarbeit mit der Jugendhilfe neue Angebote zu entwickeln, die in Chemnitz auch umgesetzt würden. **Frau Vogel** sagt, dass ein wesentliches Angebot, welches auf den Weg gebracht wurde, sei der Lehrereinsatz im Hinblick auf ABC-Kreativ-Räume. Hier wurde ein Projekt der Jugendhilfe massiv gestärkt. Das Landesamt für Schule und Bildung sei Mitglied im Projektbeirat, sodass regelmäßige Gespräche erfolgten.

5 Beschlussvorlagen an den Jugendhilfeausschuss

5.1 Konzept zur Etablierung einer Sleep In-Stelle Vorlage: B-202/2020 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51

Frau Hemmann (Sachgebietsleiterin Abt. 51.1) führt kurz zur Vorlage ein. Sie erläutert, dass im August 2018 im Jugendhilfeausschuss ein Grundsatzbeschluss zum Kinder- und Jugendnotdienst (KJND) beschlossen wurde. Inhalt dieses Beschlusses war auch, ein Interessensbekundungsverfahren zu einer Sleep-In-Stelle auf den Weg zu bringen. Im März 2019 erfolgte eine Übertragung einer Sleep-In-Stelle seitens des Jugendhilfeausschusses an einen anerkannten freien Träger. Jedoch seien die dafür vorgesehenen Mieträume gekündigt wurden. Es wurde nach neuen Räumlichkeiten gesucht, wo auch die mobile Jugendarbeit untergebracht werden konnte. Die Suche sei nicht erfolgreich gewesen. Die Inbetriebnahme der

Sleep-In-Stelle konnte daher nicht erfolgen. Im Dezember 2019 habe es dann eine Aufhebung des Beschlusses gegeben. Es wurde seitens des Jugendhilfeausschusses ein Änderungsantrag eingereicht, in der die Verwaltung damit beauftragt wurde, ein Konzept, einschließlich Zeitplan und Finanzierungsvorschlag für ein Hilfeformat für Jugendliche vorzulegen, welches niedrigschwellige Angebote zur Inobhutnahme außerhalb der intensiven Leistungen des KJND beschreibt und den vorhergehenden Beschluss umsetzt. Infolge fanden zwei Workshops mit allen interessierten Trägern statt. Es wurde an den Themen Bedarfe, Zielgruppen, unterschiedliche Methoden zur Betreuung und Beratung. Es sei in den Workshops das vorliegende Interessensbekundungsverfahren entstanden. In der vorliegenden Beschlussvorlage habe sich im Vergleich zur damaligen Beschlussvorlage folgendes geändert:

- reduzierte Platzkapazität auf vier Plätze
- Kosten für die Räumlichkeiten wurden reduziert, da nunmehr eine Anmietung einer Wohnung angestrebt werde
- es werde eine regelmäßige Evaluierung und regelmäßige Berichte im Jugendhilfeausschuss geben
- Projektkosten seien der Haushaltsplanung 2021/2022 eingeplant

Das Angebot Sleep-In richte sich an junge Menschen ab dem 14. bis unter den 18. Lebensjahr die wohnungslos seien oder bei ihren Eltern nicht bleiben können und in Not geraten seien. In der Einrichtung werde ihnen ein kurzfristiges Übernachtungsangebot und eine freiwillige Beratung angeboten. Das Sleep-In versorge die Zielgruppe mit einem sicheren Schlafplatz und stelle die Grundversorgung sicher. Die Einrichtung sei ein Schutz- und Ruheraum für junge Menschen. Der pädagogische Ansatz der Sleep-In-Einrichtung gehe davon aus, die in ihrer aktuellen Lebenswelt nur schwer erreichbaren jungen Menschen nicht ihrem Schicksal zu überlassen. Ihre Lebenssituation werde akzeptiert. Die vorbehaltlose Aufnahme solle dazu beitragen, vorhandenes Misstrauen abzubauen und eine weitere Verwahrlosung zu verhindern oder aufzuhalten. Dabei solle versucht werden, die Bereitschaft für weitere pädagogische Hilfen zu fördern. Das Sleep-In-Angebot stelle ein Baustein der Inobhutnahme Einrichtungen in Chemnitz dar.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, wie lange die angemietete Wohnung durch den Träger benutzbar sein. Er stellt fest, dass sie Sleep-In-Einrichtung ein ergänzendes Angebot sei solle und fragt, ob die Personen, welche nicht in der Einrichtung des Kinder- und Jugendnotdienstes untergebracht werden könnten, in der Sleep-In-Einrichtung untergebracht würden. Er fragt, ob die Sleep-In-Einrichtung eine ergänzende Maßnahme sei. **Frau Hemmann** antwortet, das die Sleep-In-Einrichtung eine ergänzende Maßnahme sei, jedoch könne man nicht davon ausgehen, dass Jugendliche, die nicht im Notdienst untergebracht würden, automatisch ins Sleep-In vermittelt würden. Bezüglich der Wohnung sagt sie, dass geschaut werden müsse, in welchem Wohnumfeld eine Wohnung angemietet werden könne. Es liege ein Angebot eines Trägers für eine Wohnung vor, welche in einem etablierten Gebäude liege. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** ergänzt, das eine Inobhutnahme ein hoheitlicher Akt des Jugendamtes sei. Es sei daher nicht möglich, ohne Zustimmung des Jugendamtes Jugendliche vom Notdienst ins Sleep-In zu geben. **Herr Stadtrat Köhler** kritisiert, dass der Verwaltung bereits ein Angebot eines Trägers für eine anmietbare Wohnung vorliege. Er befürchte nun, dass kein Interessensbekundungsverfahren mehr durchgeführt werde. **Frau Hemmann** erwidert, dass ein Angebot für eine Wohnung vorliege, jedoch weder eine Zusage gegenüber dem Träger gemacht wurde, noch das Interessensbekundungsverfahrens zur Sleep-In-Stelle nicht durchgeführt werde. Dieser Träger habe an den Workshops teilgenommen und sein Angebot dort unterbreitet. Das Interessensbekundungsverfahren könne zudem erst nach Beschlussfassung gestartet werden.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) begrüßt die Beschlussvorlage. Er fragt, warum eine Reduktion auf vier Plätze vorgenommen wurde und fragt, ob auch Haustiere mitaufgenommen werden würden. Er regt an, dass im Interessensbekundungsverfahren eine grobe Konzeption zur Bürgerinformation mit aufgenommen werden solle. **Frau Hemmann** antwortet, dass das Platzangebot nochmals überdacht wurde und reduziert wurde, da noch keine Erfahrungswerte vorliegen und zudem so auch eine Kostenreduzierung für das Projekt vorgenommen werden konnte.

Herr Deckwer (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) fragt, was unter Kurzfristigkeit bezüglich der Übernachtungszeit gemeint sei. **Frau Hemmann** antwortet, dass dies nicht konkret festgeschrieben sei, es jedoch keine Dauerübernachtung angeboten werden könne. **Herr Deckwer** fragt, ob davon ausgegangen werde, dass die Jugendlichen dazu bereit seien, die niederschwelligeren Angebote anzunehmen, die im Sleep-In noch zusätzlich angeboten würden und ob sozialpädagogisch noch etwas leistbar sein werde. **Frau Hemmann** erwidert, dass man davon ausgehe, dass die Jugendlichen diese Angebote annehmen würden. **Herr Deckwer** sagt, dass er aufgrund seiner 11jährigen beruflichen Erfahrung als Intensivsozialpädagoge einschätze, dass es kein Interesse der Jugendlichen geben werde.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) fragt, ob es eine Statistik über wohnungslose Jugendliche gebe. Weiter fragt er, ob die veranschlagten 500.000 EURO für beide Haushaltsjahre oder für je ein Haushaltsjahr eingeplant seien. Er sehe die Summe als herausfordernd für einen interessierten Träger. Zudem fragt er, ob es sich nur um ein Angebot bezüglich des Wohnungsangebotes des Trägers handle und Bewerber des Interessensbekundungsverfahrens auch alternative Angebote einholen könnten. **Frau Hemmann** antwortet, dass es sich um ein reines Wohnungsangebot handle und Alternativen gesucht beziehungsweise genutzt werden könnten. Die eingestellte Summe beziehe sich auf jeweils 2021 und 2022. Eine Statistik über wohnungslose Jugendliche liege nicht vor. Die Daten würden nicht erfasst.

Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN) sagt, dass ein Bedarf für eine Sleep-In-Stelle ihrer Ansicht nach vorliege. Da sich die Jugendhilfelandchaft verändere, sei eine solche Einrichtung eine Konsequenz daraus, um dieser Veränderung nachzukommen.

Herr Müller (Ev.-Luth. Jugendpfarramt Chemnitz) fragt, wie viele Sleep-In-Einrichtungen gibt es in Sachsen und wo liegt die nächste Einrichtung. Zudem bittet er um Auskunft, ob es Auswertungen von Projekten gebe und ob es wissenschaftliche Erkenntnisse über Sleep-In-Einrichtungen gebe. **Frau Hemmann** antwortet, dass es in Sachsen keine Sleep-In-Stellen gebe. Es wurden sich andere Einrichtungen in anderen Bundesländern angeschaut.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bezieht sich auf den Redebeitrag von Frau Stadträtin Furtenbacher. Er sehe es kritisch, dass der Bedarf nicht bekannt sei, dennoch aber eine hohe Summe in das Projekt fließen solle.

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) sagt, dass es sich um ein Modellprojekt handle und daher noch gar nicht bekannt sei, wie hoch der Bedarf sei. Eine Nachregulierung und Anpassung des Angebotes der Sleep-In-Stelle sei nicht ausgeschlossen. Zudem könne jedes Stadtratsmitglied an der Auswertung des Interessensbekundungsverfahrens teilnehmen und somit seine Sichtweisen und Bedenken mitteilen.

Herr Stadtrat Kohlmann (Ratsfraktion PRO CHEMNITZ/Freie Sachsen) fragt, ob die Sleep-In-Stelle eine reine Schutzfunktion habe oder bestünde eine Verbindlichkeit oder Anbindung an weitere Jugendhilfeangebote. **Frau Hemmann** antwortet, dass die Einrichtung eine Schutzfunktion habe. Mithilfe der dort eingesetzten Sozialarbeiter solle versucht werden, die Jugendlichen in weiterführende Angebote und Strukturen heranzuführen und zu vermitteln. Die Bereitschaft der Jugendlichen sei hier jedoch maßgebend.

Herr Wild sagt, dass die Wohnungslosigkeit eine Krise sei und die Aufgabe sei es, Jugendlichen in Krisen beizustehen. Er bekräftigt nochmals sein Anliegen, dass ein Konzept über die Bürgerinformation mit in die Ausschreibung aufgenommen werden solle. **Frau Georgi** bestätigt die Aufnahme dieses Anliegens in die Ausschreibung.

Frau Furtenbacher sagt, dass es immer mehr Kinder und Jugendliche in dieser Stadt in schwierigen familiären und persönlichen Lebenslagen. Es gebe viele Arten von Hilfen in der Stadt, jedoch könne hiermit nicht jeder erreicht werden. Daher müsse überlegt werden, welche Hilfen es zusätzlich oder stattdessen zukünftig geben sollte, um diesen geänderten Problemlagen besser Abhilfe schaffen zu können. Die Sleep-In-Stelle sei eine gute Idee.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) verstehe die Sleep-In-Stelle als Obdachlosenunterkunft für Jugendliche. Sie sehe es kritisch, dass in dieser Einrichtung die Jugendlichen anonym Schutz finden können, da das Jugendamt über ihre Situation in Kenntnis gesetzt sein sollte und die Verantwortlichen für diese Jugendlichen wissen sollten, wo er oder sie sich aufhielten. Sie fragt, wie aktuell mit den Jugendlichen passiere, wo es noch keine Sleep-In-Stelle gebe. Zudem fragt sie, wie mit Jugendlichen umgegangen werde, die unter Drogeneinfluss zur Sleep-In-Stelle kommen. Sie fragt, ob diese abgewiesen würden und wie ihnen geholfen würde. **Frau Georgi** erklärt um welche Jugendliche es sich handelt. Dies können Jugendliche sein, die über Jahre hinweg durch mehrere Jugendhilfeangebote gegangen sind und deren Eltern sich oftmals nicht für sie interessieren und die pädagogischen Angebote des Jugendamtes oftmals nicht angenommen hätten. Es seien Jugendliche die dann untergetaucht seien, wo nicht mehr bekannt ist, wo sie sich aufhielten. Die Sleep-In-Stelle sei für diese Jugendlichen ein gutes Angebot, um zumindest kurzfristig eine Unterkunft anbieten zu können. So bestünde die Chance ihnen weitere Angebote anzubieten und zu vermitteln, um ihre Not zu lindern.

Herr Stadtrat Hähner fragt, ob die eingeplante Summe in Höhe von 500.000 EURO jeweils für ein Jahr oder für zwei Jahre gelten. **Frau Hemmann** antwortet, dass die Summe pro Jahr eingeplant wurde.

Herr Stadtrat Hähner sagt, dass er aufgrund der finanziellen Haushaltslage und da es sich um ein Modellprojekt mit unklarem Ausgang handle, der Vorlage nicht zustimmen könne. Es habe gehört, dass es in ca. einem Jahr neue ESF-Richtlinien seitens des Bundes geben solle, wo die Möglichkeit bestünde für derartige Projekte Fördergelder zu beantragen. Dies würde der abwarten wollen.

Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI) teilt mit, dass sie der Vorlage zustimmen werde. Sie habe bereits Einblicke bei ähnlich gelagerten Projekten erhalten und sehe den Bedarf. Jugendliche haben ein Recht auf Unversehrtheit unabhängig davon, ob sie aus Chemnitz stammten oder aus anderen Regionen. Sie sagt, dass sich die Kinder- und Jugendhilfe weiterentwickeln sollte und daher auch innovative Projekte angehen solle.

Herr Krottenthaler (Don Bosco Jugendhaus - Vertreter katholische Gemeinde)

fragt, ob auch über 18jährige Jugendliche die Sleep-In-Stelle nutzen könnten. Er habe im Projekt „Aktivierungshilfen“ die Erfahrung gemacht, dass besonders junge Menschen über 18 Jahren von Wohnungslosigkeit betroffen seien. Er sehe daher Bedarf. **Frau Georgi** antwortet, dass im Konzept festgeschrieben sei, dass das Angebot der Sleep-In-Stelle für unter 18jährige Jugendliche bestünde. Für junge Menschen über 18 Jahren greifen die Angebote des Sozialamtes.

Herr Stadtrat Köhler teilt mit, dass er dieses Projekt kritische sehe, da der Bedarf nicht klar sei. Da die Haushaltslage kritisch sei, sollten die finanziellen Mittel anderen Projekten zu Gute kommen. Er werde der Beschlussvorlage nicht zustimmen.

Herr Stadtrat Otto befürworte die Beschlussvorlage und sagt, dass heute lediglich das Konzept für eine Sleep-In-Stelle beschlossen werde. Die Trägervergabe werde dann zu einer weiteren Beschlussfassung vorgelegt.

Frau Kilian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V. (VBFA))

sagt, dass sie Bedarf einer Sleep-In-Stelle sehe. Es werde eine Zunahme von prekären Lebenslagen von Jugendlichen. Auch werde eine zunehmende Verwahrlosung in den Herkunftsfamilien verzeichnet. Es fehlten aktuell niedrigschwellige Angebote in der Jugendhilfe wie die Sleep-In-Stelle, daher sehe sie eine Notwendigkeit befürworte die Beschlussvorlage.

Frau Spindler (Kinder- und Jugendbeauftragte)

verstehe die aktuelle Diskussion. Sie geht auf einen Workshop ein, welcher im vergangenen Jahr bezüglich des Konzeptes angeboten und durchgeführt wurde. Es solle umgedacht werden und die Hilfen umgesteuert werden. Sie befürworte die Beschlussvorlage und bittet um Zustimmung.

Frau Müller-Irrgang (Vertreterin Polizeidirektion Chemnitz – Erzgebirge)

schließe sich den Ausführungen von Frau Georgi an und begrüße die Beschlussvorlage. Auch die Polizei könne ebenfalls eine Zunahme von Fällen erkennen. Ein frühzeitiges Eingreifen sei erforderlich.

Herr Bürgermeister Burghart

weist besorgt auf die aktuelle pandemische Lage in und bittet diese im weiteren Verlauf der Sitzung zu bedenken und zu beachten. Zudem schlägt er vor die Vorlage zu verschieben, anstatt abzulehnen. Er weist weiter darauf hin, dass es sich um keine Bürgerbeteiligung im eigentlichen Sinne handle. Es werde nicht gefragt, wo die Sleep-In-Stelle eingerichtet werde, sondern es handle sich vielmehr um eine vernünftige Öffentlichkeitsarbeit, zu informieren und Sorgen und Ängste aufzunehmen. Er schlägt vor, die Beobachtungspunkte zu bestimmen, die gemeinsam angeschaut und bewertet werden sollen, wenn für die Vorlage gestimmt werde.

Herr Stadtrat Hähner sagt, dass er den Vorschlag von Herrn Bürgermeister Burghart zur Verschiebung aufgreifen wolle.

Herr Stadtrat Otto teilt mit, dass zunächst eine 10minütige Sitzungspause erfolge.

Es erfolgt eine ca. 10minütige Sitzungspause.

Herr Stadtrat Hähner verliert seinen Antrag auf Vertagung und konkretisiert diesen mit den ESF-Fördermittelrichtlinien, deren Veröffentlichung abgewartet werden sollen.

Es erfolgt die Abstimmung über den Antrag von Herrn Stadtrat Hähner.

**Abstimmungsergebnis: mehrheitlich bestätigt
(7 Ja-Stimmen, 6 Nein-Stimmen,
0 Stimmenenthaltungen)**

Herr Stadtrat Otto teilt mit, dass der Antrag bestätigt sei und die Beschlussvorlage verschoben sei.

Die Vorlage wird verschoben.

- 5.2 Zuwendung an den anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für das Bauvorhaben „Elektroinstallation und Erneuerung Kleinlastenaufzüge“ im Objekt Kindertageseinrichtung Ernst-Enge-Straße 4
Vorlage: B-046/2021 Einreicher: Dezernat 5/Amt 51
-

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) bittet um Auskunft, ob drei Angebote zu dieser Baumaßnahme der Verwaltung vorliegen. Der Beschlussvorlage läge ein Angebot vor, welches ein sehr hohes Investitionsvolumen für diese Baumaßnahme ausweise. Weiter bittet er um Auskunft, ob die Mieteinnahmen die Investitionsausgaben decken würden. **Frau Stolp (Abteilungsleiterin Abt. 51.2)** antwortet, dass sie davon ausgehe, dass im Jugendamt drei Angebote vorlägen. Weiter sagt sie, dass der Mieter die Investitionskosten nicht tragen können und die Stadt als Eigentümerin die Verantwortung für die Sicherheit im Gebäude sei. Daher werde mit dieser Vorlage vorgeschlagen, dass die Elektroanlage und der Kleinlastenaufzug repariert werden.

Beschluss B-046/2021

Der Jugendhilfeausschuss beschließt, dem anerkannten Träger der freien Jugendhilfe Volkssolidarität Stadtverband Chemnitz e. V. für das Bauvorhaben „Elektroinstallation und Erneuerung Kleinlastenaufzüge“ im Objekt Kindertageseinrichtung Ernst-Enge-Straße 4 für das Jahr 2021 eine Zuwendung in Höhe von 190.000 € zu gewähren.

Dieser Beschluss steht unter dem Vorbehalt des Erlasses der Haushaltssatzung.

**Abstimmungsergebnis: einstimmig bestätigt
(13 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen,
0 Stimmenenthaltungen)**

- 6 Informationsvorlage an den Jugendhilfeausschuss
-

Sozialberichterstattung der Jahre 2018 und 2019 des Sozialamtes, des Jugendamtes und des Gesundheitsamtes

Vorlage: I-038/2020 Einreicher: Dezernat 5/ Ämter 50, 51, 53

Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51) führt in die Vorlage ein.

Es besteht kein Nachfragebedarf.

Die Vorlage wird zur Kenntnis genommen.

7 Beschlussantrag an den Jugendhilfeausschuss

Konzept zur Bereitstellung von selbstverwalteten Jugendräumen
Vorlage: BA-012/2021 Einreicher: FG DIE LINKE/Die PARTEI, SPD-Fraktion,
FG BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN

Herr Stadtrat Otto (SPD-Fraktion) stellt den Beschlussantrag vor. Zudem teilt er mit, dass die Einreicher dem Vorschlag aus der Stellungnahme der Verwaltung zustimmen. Der Einreicher reicht somit einen Änderungsantrag ein.

Herr Stadtrat Hähner (CDU-Ratsfraktion) hat eine Frage zum in der Stellungnahme der Verwaltung erwähnten Kosten- und Finanzierungsplanes. Er bittet um Auskunft, ob dies bereits für 2021/2022 im Haushalt eingeplant sei. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** antwortet, dass die Kosten im Konzept erarbeitet würden. Zusätzliche Mittel stünden für dieses Konzept jedoch nicht zur Verfügung, sodass die entstehenden Kosten über die Maßplanung der §§ 11 bis 16 Sozialgesetzbuch VIII (SGB VIII) mit abzudecken seien.

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) hinterfragt die Notwendigkeit einer Konzeption und teilt mit, dass sich die Fraktion bei der Abstimmung enthalten werde. Begründung sei, dass bereits Strukturen zur Verfügung stünden und die Konzeption daher nicht notwendig sei. **Frau Stadträtin Dr. Zabel (Fraktionsgemeinschaft DIE LINKE/Die PARTEI)** antwortet als Einreicherin. Sie sagt, dass mit Hilfe der Konzeption den Jugendlichen eine Hilfestellung zur Verfügung gestellt werden solle, um selbstverwaltete Jugendräume zu implementieren. **Frau Stadträtin Furtenbacher (Fraktionsgemeinschaft BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)** ergänzt, dass es den Einreichern auch darum gehe, dass die Jugendlichen auch die Möglichkeit erhalten sollen, Demokratie und Selbstorganisation zu erlernen.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) sagt, dass es keine Konzeption brauche. Als Beispiel nennt er dabei einen selbstverwalteten Jugendraum in Gröna. Die dortigen Jugendlichen hätten sich direkt ans Jugendamt gewendet.

Frau Georgi sagt, dass die Intension des Einreichers auch gewesen sei, dass der Unterausschuss Jugendhilfeausschuss regelmäßig bei der Konzepterstellung einzubeziehen sei. Dies wurde mit aufgenommen, da es gut sei, über das Thema in den Austausch zu kommen und zu schauen, wie das Konzept erarbeitet werden könne.

Herr Stadtrat Otto ergänzt, dass die Einreicher vor Erstellung des Beschlussantrages ausführlich über das Thema recherchiert haben. Dabei wurde festgestellt, dass es sehr viele verschiedene Formate existieren. Die Konzeption solle die unterschiedlichen möglichen Möglichkeiten für die Stadt Chemnitz auführen und zu erläutern, wie diese umsetzbar sein können.

Frau Seidel (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen) befürworte den Beschlussantrag und die Idee. Die schriftliche Darstellung der Möglichkeiten seien hilfreich. Sie fragt, wie hoch der Bedarf von den Einreichern eingeschätzt werde. **Frau Stadträtin Dr. Zabel** sagt, dass die Bedarfe geäußert werden, wenn diese vorliege. **Herr Stadtrat Otto** ergänzt, dass einige Jugendclubs stark frequentiert seien und andere Einrichtung nur wenig ausgelastet seien. Zudem müsse man die Zielgruppe unterscheiden. Im Beschlussantrag wurde bewusst die

Zielgruppe der Jugendlichen genannt. **Frau Seidel** sagt, dass sie in diesem Konzept die Möglichkeit sehe, dass neue Ideen eingebracht würden, die auch zukunftsweisend für die Jugendarbeit sein könnten.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) sagt, dass er die Idee ebenfalls gut finde. Er empfiehlt die bereits vorliegende Fachliteratur dazu. Er befürworte auch die regelmäßige Beteiligung des Unterausschusses für Jugendhilfeplanung.

Frau Georgi befürwortet die gemeinsamen Gespräche hierzu.

Frau Stadträtin Dr. Zabel befürworte den Beschlussantrag.

Frau Seidel ergänzt das Beispiel eines selbstverwalteten Parks am Harthwald, welche von Jugendlichen erarbeitet und geführt wurde.

Herr Stadtrat Otto ergänzt, dass im Beschlussantrag vermerkt wurde, dass auch die Bedarfe der angrenzenden Gemeinden mit zu berücksichtigen seien.

Beschluss BA-012/2021

Selbstverwaltete Jugendeinrichtungen sind als Bereicherung der schon bestehenden Maßnahmen nach §11 SGB VIII zu verstehen und orientieren sich nicht an einem jugendhilfeplanerischen Bedarf. Sie entstehen vor allem in ländlichen Gebieten auf Initiative von jungen Menschen oder bspw. Bürgermeister_innen oder Ortsvorsteher_innen. Sie bieten die Möglichkeit, schnell und unkompliziert auf die Wünsche von jungen Menschen nach selbst gestalteten und selbst verwalteten Räumen zu reagieren. Junge Menschen lernen, sich in Gruppen zu organisieren und demokratische Entscheidungsprozesse zu initiieren. Sie sind keinesfalls als Ersatz für bestehende Angebote von Kinder- bzw. Jugendfreizeiteinrichtungen zu verstehen.

**Abstimmungsergebnis: mit Änderungen einstimmig bestätigt
(9 Ja-Stimmen, 0 Nein-Stimmen,
4 Stimmenthaltungen)**

8 Verschiedenes

8.1 Mündliche Informationen der Verwaltung

Es liegen keine mündlichen Informationen der Verwaltung vor.

8.2 Fragen der Ausschussmitglieder

Frau Stadträtin Kempe (CDU-Ratsfraktion) fragt bezüglich des Parcours am Hartweg. Dieser sei nun mit Betonpollern versperrt. Zudem würden Schilde auf eine mögliche Lebensgefahr hinweisen, wenn man das Gelände betreten würde. **Frau Spindler (Kinder- und Jugendbeauftragte)** antwortet, dass die Anfrage ans Grünflächenamt gerichtet werden solle. **Frau Killian (Verein zur Beruflichen Förderung und Ausbildung e. V.)** sagt, dass die Parcouranlage auf dem Grundstück einer dort ansässigen Firma läge und diese den Kindern und Jugendlichen das Gelände überlassen habe. Nun plane die Firma jedoch eine Erweiterung ihres Standortes auf dieser Fläche. Daher sei der Parcours nicht mehr zugänglich. **Frau Seidel (solaris Förderzentrum für Jugend und Umwelt gGmbH Sachsen)** ergänzt, dass an der Kalkstraße ein ähnliches Projekt entstehen werde.

Herr Wild (Stadtmission Chemnitz e.V.) bittet um Auskunft, ob die Kindertageseinrichtungen am Gründonnerstag im Hinblick auf die Entscheidung der Bundesregierung, geschlossen würden. Zudem bittet er um Auskunft, ob Corona Tests auch bei KiTa-Kindern vorgenommen würden. **Herr Bürgermeister Burghart** antwortet, dass keine Tests an KiTa-Kindern vorgenommen würden. Die Kindertageseinrichtungen seien am Gründonnerstag zudem geschlossen, da die Bundesregierung diesen zum Ruhetag erklärte.

Herr Gräwe (Vertreter Amtsgericht) bittet um Auskunft, ob für die Jugendgerichtshilfe des Stadtjugendamtes seit dem 01.01.2021 eine Stelle weniger eingeplant wurde. Wenn ja, entspreche dies den aktuellen Fallzahlen ab dem zweiten Halbjahr 2021. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** sagt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Herr Stadtrat Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) fragt, ob die Stadt Chemnitz im Hinblick auf die steigenden Corona-Fallzahlen plane, verschärfende Maßnahmen im Bereich Durchmischung im Hort durch verschiedene Klassen, zu ergreifen. Zudem bittet er um Auskunft, ob Jugendclubs ebenfalls geschlossen würden. **Frau Georgi (Amtsleiterin Amt 51)** sagt, die Anfrage werde schriftlich beantwortet.

Im Anschluss bedankt sich der stellvertretende Vorsitzende Herr Otto im Namen der Mitglieder des Jugendhilfeausschusses für die gute Zusammenarbeit mit Herrn Bürgermeister Burghart und wünscht alles Gute für die neue Tätigkeit als Bürgermeister des Dezernates 1.

9 Bestimmung von zwei Ausschussmitgliedern zur Unterzeichnung der Niederschrift der Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -

Zur Unterzeichnung der Niederschrift der öffentlichen Sitzung werden die Stadtratsmitglieder Frau Stadträtin Solveig Kempe (CDU-Ratsfraktion) und Herr Stadtrat Nico Köhler (AfD-Stadtratsfraktion) bestimmt.

* * *

Der stellv. Vorsitzende Herr Otto schließt die Sitzung des Jugendhilfeausschusses - öffentlich -.

14.04.21 *M. Otto*
Datum Maik Otto
Stellvertr. Vorsitzender
des Ausschusses

14.04.21 *S. Kempe*
Datum Solveig Kempe
Mitglied
des Ausschusses

19.4.21 *Köhler*
Datum Nico Köhler
Mitglied
des Ausschusses

14.APR.2021 *Nicolaus*
Datum Kristin Nicolaus
Schriftführerin